

## DAS THEMA

**Das Entsetzen über die von der Bundesregierung geplanten schweren Einschnitte bei der Solarförderung ist groß. Die versetzen der expandierenden Photovoltaik-Branche einen schweren Schlag und behindern die viel beschworene Energiewende.**

Dagegen hilft nur Druck – parlamentarisch und außerparlamentarisch, betonte MdB Jens Petermann, Moderator der Diskussionsveranstaltung der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Zukunft der Solarförderung, die am 8. März Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Photovoltaik-Unternehmen in Arnstadt zusammenführte.

Wenige Tage zuvor hatten am Brandenburger Tor in Berlin tausende Beschäftigte der Branche, unter ihnen zahlreiche Thüringer, demonstriert. Das war eindrucksvoll und das war wichtig, betonte Ralph Lenkert, Obmann der Bundestagsfraktion im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Mitglied im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit.

Er legte Zahlen und Fakten auf den Tisch, die er auch bei seiner Rede in der Aktuelle Stunde im Bundestag aufgeführt hatte: „120.000 Menschen arbeiteten 2011 in der Solarindustrie. In Thüringen wurden für neue Arbeitsplätze durchschnittlich 40.000 Euro an Fördermitteln gezahlt.“

Will man mit diesem Fördersatz 120.000 neue Arbeitsplätze schaffen, so kostet dies 4,78 Milliarden Euro. Die Kosten für einen Arbeitslosen liegen bei 20.000 Euro je Jahr. Teile ich die 660 Millionen Euro an gestrichener Solarförderung durch die gefährdeten 120.000 Jobs, dann stelle ich fest: Diese Regierung riskiert jeden dieser Arbeitsplätze für 5.500 Euro.“

In Thüringen sind 5.000 Beschäftigte direkt betroffen. Bernd Messerschmidt, bei der IG Metall in Thüringen zuständig für die Solarunternehmen, sprach von Zorn und einem Wechselbad der Gefühle. „Bis gestern waren wir noch eine Zukunftsbranche, jetzt

# Dagegen hilft nur Druck

## Arnstädter Diskussion zu Solarförderungs-Einschnitten

werden wir von der Bundesregierung als Preistreiber ausgemacht.“ Dabei kostete Solarstrom heute schon weniger als der Verbraucher für die Kilowattstunde bezahlen müsse und in ein paar Jahren sei er billiger als Strom aus Windkraft, gab Ralph Lenkert zu be-



denken. „Photovoltaik ist zudem die einzige Technologie, die auch in kleinen Anlagen wirtschaftlich ist. Das bringt Unabhängigkeit und gefährdet damit das Erzeugermonopol der Energiekonzerne, welches die Bundesregierung sichern will. Daher wird die Industrie, die für eine kleinteilige Stromproduktion steht, benachteiligt.“

So sieht es auch Matthias Peschke, operativer Geschäftsführer von Masdar PV, einem jungen, aufstrebenden Unternehmen, das Dünnschicht-Solarmodule produziert und sich am Erfurter Kreuz angesiedelt hat. Angesichts der Planungsvorläufe forderte er eine verlässliche Politik und betonte die Notwendigkeit des Umbruchs hin zu dezentralen Netzen. Dass sich in der Arnstädter Runde auch in diesem

Punkt alle einig waren, hat Petra Enders, die als Vorkämpferin gegen den Neubau der 380 kV-Trasse und trotz Erkältung gekommen war, natürlich besonders gefreut. Allerdings sind die Auswirkungen der Berliner Kürzungspläne auch schon in ihrer Stadt zu spüren. Die Bürgermeisterin von Großbreitenbach berichtete, wie sie sich auf den Weg zur Energieautonomie gemacht haben, jedoch überlegen sie jetzt, ob sie die Pläne zur Installation von Photovoltaikanlagen auf einer Deponie umsetzen werden.

Dennoch bleibt die Landtagsabgeordnete – und übrigens auch Landratskandidatin der LINKEN für den Ilmkreis – dabei: „Energie muss dort produziert werden, wo sie gebraucht wird.“ Die Netze müssten entsprechend modernisiert und an die dezentralen Energien angepasst werden. Als Vertreter der installierenden Branche gab Robert Fichtner, Geschäftsführer der Solar-dach24 GmbH, seinem Optimismus Ausdruck, dass die dezentrale Technik nicht mehr aufzuhalten ist. An den Rückmeldungen seiner Kunden spüre er, „das Interesse ist ungebrochen“.

Wir werden zu „innovativen Lösungen kommen“, zeigte sich in der Abschlussrunde auch der Masdar-Geschäftsführer überzeugt. Reihum wurde unterstrichen, dass mehr in die Forschung investiert werden müsse, um neue Produkte und vor allem Speichertechnologien zu entwickeln. Zu den Visionen gehörten die Häuser der Zukunft, die keinen Stromnetzanschluss mehr brauchen, und die energieautarken Kommunen.

Das Thema wird jetzt auch im Thüringer Landtag wieder besprochen werden, die Linksfraktion hat einen Antrag eingereicht zur Rücknahme der überzogenen Kürzung bei der Solarstromförderung.

A. Rudolph

## KURZ UND PRÄGNANT

**VORERST GESTOPPT.** Mit dem Bau der 380 kV-Leitung im Abschnitt Vieselbach-Altenfeld kann nicht begonnen werden. Das Bundesverwaltungsgericht prüft derzeit den Eilantrag auf aufschiebende Wirkung und hat den Freistaat Thüringen, aufgefordert, „vorläufig sicher zu stellen, dass mit Bau- und sonstigen Maßnahmen, die dem Antrag zuwiderlaufen, noch nicht begonnen wird“. MdB Petra Enders spricht von einem „ermutigenden Zeichen“. Die Stadt Großbreitenbach und andere Betroffene hatten Anfang März Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. „Es geht uns nicht um Verweigerung, aber diese 380 kV-Trasse ist und bleibt nicht notwendig. Für die Durchleitung von Windstrom reichen die vorhandenen Höchstspannungsleitungen aus. Um die Übertragungskapazitäten zu erhöhen, müssten sie mit Hochtemperaturseilen und Freileitungsmontoring optimiert werden.“ ■

**FÜR LITERATURCAFÉ.** Kürzlich las der Autor Klaus Buschen-dorf im Rahmen des Literatur-Förderprojektes in unserem Erfurter „Literaturcafé“ aus seiner Publikation „Kriegskinder“. Das „Literaturcafé“ wird im August 15 Jahre alt, was MdB Heidrun Sedlaczik (DIE LINKE), zum Anlass nahm, uns 400 Euro



von der Alternative 54 e.V. für die Projektarbeit zu überreichen. Wir sagen herzlichen Dank, denn nur dadurch konnten wir mit den Veranstaltungen und Exkursionen planmäßig beginnen. Erst einmal gab es von Seiten der Stadtverwaltung eine „Inaussichtstellung“ von Förderung. Und ohne Geld läuft nicht. Dieser Betrag war für mehrere Projekte bestimmt, u.a. auch für unser russisch-jüdisches Projekt „Esthers Chance“, das im Mai sein zehnjähriges Jubiläum feiert.

Wir hatten eine Einladung zum Besuch des Europabüros von Gabi Zimmer GUE/NGL und konnten nun in der Kulturstadt Weimar in Würdigung des Internationalen Frauentages einiges zusätzlich unternehmen. Alle Beteiligten haben sich über die Hilfe und den schönen Exkursionstag gefreut.

Unser nächster Termin in der Reihe „Literaturcafé“ ist am 11. April, 19 Uhr, Café Paul, Paulstraße 11, „Radegunde – eine Prinzessin für Europa“ mit Ute Hinkeldein, Reihe „Dem Frieden das Wort“. Am 2. April, 17 Uhr, laden wir ins Erfurter Frauenzentrum, Pergamentergasse 36, ein, zum Thema „Der Ostermarsch in Thüringen, die Tradition und Aktuelles“ gibt es Gespräche mit Karin Schrappe, Rolf Düber und Ute Hinkeldein. ■

Ute Hinkeldein

## Bürogemeinschaft feierte Zweijähriges



Am 9. März feierte die LINKE Bürogemeinschaft des Bundestagsabgeordneten Frank Tempel und der Landtagsabgeordneten Dr. Birgit Klaubert in Altenburg, Marktgasse 1, ihr zweijähriges Bürobestehen.

Neben der Landtagsabgeordneten sowie Landratskandidatin Michaela Sojka und dem Oberbürgermeisterkandidaten Michael Sonntag waren viele der Einladung gefolgt.

Das Zusammentreffen bot Gelegenheit, bei entspannter Atmosphäre Gedanken auszutauschen, neue Kontakte zu knüpfen oder einfach nur dem Gesang von Max Stern mit seiner Gitarre zu lauschen.

Wir hoffen, dass sich viele der guten Ideen auch in Zukunft in gemeinsamen Projekten umsetzen lassen.

G. Porzig, Mitarbeiterin